

Liebe Genossinnen und Genossen



letzten Monat wurde der neue Kreisvorstand gewählt und ihr (bzw. eure Delegierten) habt mir das Vertrauen ausgesprochen, weitere 2 Jahre als eure Vorsitzende agieren zu dürfen. Hierfür erstmal ein herzlichen Dankeschön!

Bereits einen Tag nach der Wahl hat der Vorstand in einer Klausurtagung seine Arbeit aufgenommen und besprochen, wie und was wir arbeiten wollen. Hierzu wurde vieles auf den Prüfstand gebracht. Man muss einfach ehrlich zugeben, dass das Konzept „wir laden einen Promi ein und machen eine Abendveranstaltung zu einem Thema“ nicht mehr funktioniert. Natürlich wird es solche Veranstaltungen trotzdem noch geben, aber unser Schwerpunkt wird woanders liegen. Wir wollen Probleme

direkt angehen, statt nur drüber zu sprechen.

Da unser Kreisvorstand zwar der beste Kreisvorstand überhaupt ist, aber eben doch nur ein Kreisvorstand, werden wir die Themen Weltfrieden und Globale Erwärmung zunächst zurückstellen und uns erstmal auf Dinge konzentrieren, die hier im Kreis von Bedeutung sind und die wir tatsächlich anpacken können.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Eintreten für die Schwachen	2
KDK-Impressionen	4
Der neue / alte Kreisvorstand	5
Landesparteitag: Anträge	6
Mehr Mitgliederbeteiligung geht nicht	7
„Wir brauchen große Sozialstaatsreform“	8
Zu Besuch bei Friedrich Ebert	10
Aufmerksamkeit und Information schützen Kinder	12
Impressum	13
Aufstieg durch Bildung	13
Binder: mehr Aktionen statt Reden	15
Kommunalpolitiker unter sich	16
Personalien	17
Termine	18

Hierfür haben wir drei Projektgruppen gegründet, die sich jeweils ganz praktisch mit einem Thema befassen werden. Das erste Thema ist „Bezahlbarer Wohnraum“, hier wollen wir prüfen, ob wir nicht selber welchen schaffen können. Das zweite Thema dreht sich um Gesundheit, das wir im Rahmen eines Sommerferienprogramms angehen wollen und die dritte Gruppe beschäftigt sich mit der Struktur unserer Ortsvereine und wie wir diese gegebenenfalls ändern müssen.

Näheres werdet ihr bald dazu erfahren und wir werden euch auf jeden Fall auf dem Laufenden halten. Wer Lust hat mitzumachen sei aber heute schon aufgefordert, sich einfach bei mir zu melden.

Eure

Birte Könnecke.

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Tatsächlich ist der Mitgliederbrief die ausgedruckte Homepage.

Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook oder Instagram unter **Rot-wild im Schwarzwald**.



Eintreten für die Schwachen

STAUFEN. Im September 2014 erstmals in dieses Amt gewählt, wurde Birte Könnecke, Vorsitzende des Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald der SPD, jetzt in dieser Funktion bei der Kreisdelegiertenkonferenz in Staufen bestätigt. Dazu mehr im folgenden Bericht.

Könnecke unterstrich vor dem Hintergrund einer ganzen Fülle von Aktivitäten im Kreisverband die Notwendigkeit, sich immer wieder die Frage zu stellen, was die Sozialdemokraten „für die Menschen“ bewegen können.



Lars Castellucci, der am 24. November beim Landesparteitag in Sindelfingen gegen die SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier kandidiert, stellte sich in Staufen den Delegierten und Mitgliedern aus den Regionen Breisgau, Dreisamtal / Hochschwarzwald, Kaiserstuhl / Tuniberg und Markgräflerland vor und legte seine Motive dar.



Er nannte drei Schwerpunkte: das Eintreten für die Schwachen in unserer Gesellschaft, das Einlösen des Fortschrittsversprechens der Partei durch Aufzeigen eines Zukunftsentwurfs sowie die Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft. Castellucci wörtlich: „Wir müssen den Menschen sagen, wohin die Reise gehen soll. Die SPD muss sagen, was sie für die Menschen leisten will. Diesen Funken brauchen wir.“ Und: „Die Probleme kriegen wir nur gelöst, wenn wir in der Gesellschaft einen Zusammenhalt hinkriegen, der alle einschließt. Wir müssen neu lernen, was es heißt Volkspartei zu sein.“

„Wir arbeiten im Landesvorstand nicht zusammen, sondern nebeneinander her, das habt ihr hier im Kreisvorstand besser gelöst“, kritisierte der Heidelberger Hochschullehrer, der für eine bessere Verzahnung vom Vorstand über die Kreisverbände bis hin zu den Ortsvereinen eintrat und empfahl, in der Partei Formen der direkten Kommunikation Vorrang einzuräumen gegenüber einer Fülle von Mails und Newslettern. Es müsse sich arbeitsorganisatorisch einiges ändern.



„Der Klimaschutz ist endlich angekommen in der Parteispitze“, freute sich Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, SPD- Abgeordnete im Deutschen Bundestag in ihrem Bericht aus Berlin. Die Energiepolitik sei „das große Thema neben Landwirtschaft, Ernährung und Digitales“. Was wir in Deutschland bräuchten sei eine freiheitliche, eine liberale Gesellschaft, „aber keine neoliberale“.

Die Globalisierung, so die Bundespolitikerin, habe den Lebensstil vieler Menschen verändert und zu Verlustängsten geführt. Angesichts einer zunehmenden Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung müsse die SPD Antworten finden auf die Frage, wie mit diesen Ängsten umzugehen ist. Dies nicht in einer rückwärts-gewandten Art und Weise, sondern in der aktuellen Hinwendung zu den Menschen vor Ort und ein Eintreten für die „die's nötig haben“. Dabei dürfe die SPD aber „nicht den Blick auf alle verlieren“. „Wenn wir Volkspartei bleiben wollen, dann müssen wir diese Richtung im Fokus haben“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter

und fügte hinzu: „Wir haben da eine Verantwortung.“

Auf eine Fülle von Veranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren im Kreisverband verwies die Vorsitzende Birte Könnecke in ihrem Rechenschaftsbericht. Sie nannte unter anderem Themen wie Bezahlbarer Wohnraum, Ehe für alle, B31, Breitbandausbau, Nachhaltige Landwirtschaft, Europa, Rhein- Retention, Schulpolitik, Politische Bildung und Digitalisierung. Nun gehe es in der Klausur- Tagung darum zu überlegen, „was wir noch mehr tun, noch mehr bewirken können.“



Auf der Haben- Seite vermerkte Könnecke, dass der Kreisverband Themen setze (Sozialticket und Spitzabrechnung), Strukturen vereinfacht würden, ohne dass es dafür eine Kommission braucht, dass es im Kreisverband keine Kämpfe gegeneinander gebe, dass sich Mitglieder und Delegierte mit Anträgen jederzeit in die Parteiarbeit einbringen könnten und dass die Verantwortlichen Mandatsträger „in der Fläche unterwegs“ seien.

Bernd Michaelis

KDK-Impressionen

Eine lose Serie von Bildern von der Wahl-KDK in Staufen.



Der neue / alte Kreisvorstand

Im SPD- Kreisverband Breisgau- Hochschwarzwald sei die „Welt noch in Ordnung“ freute sich die Landtagsabgeordnete Gabi Rolland und das sei auch der Grund, warum sie gerne die Vorstandswahlen bei der KDK in Staufen leitete.

Birte Könnecke wurde mit 41 von 43 Stimmen als Vorsitzende eindrucksvoll bestätigt.



Mit ähnlichen Ergebnissen wurden die Stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt bzw. bestätigt:



Hartmut Hitschler für das Markgräflerland



Henry Kesper für den Breisgau



Oswald Prucker für die Region Kaiserstuhl / Tuniberg / March



Tanja Kühnel für Dreisamtal und Hochschwarzwald

Die ebenso nach Region gewählten Beisitzer im Kreisvorstand sind:



Takis Mehmet Ali im Markgräflerland



Andreas Eckerle im Breisgau



Alexandra Schächtele für die Region
Kaiserstuhl / Tuniberg / March



Hans Georg Kellmayer im Dreisamtal und
im Hochschwarzwald.

Clara Heckmann wurde in ihrem Amt als Kreiskassiererin bestätigt. Neuer Presse-referent ist **Bernd Michaelis**. Themenorien-tierte Beisitzer sind **Thomas Thürling** für Internet, **Hans- Dieter Straup** für Gleichstel-lung, **Matthias Schmidt** für Kommunales, **Bernd Engesser** für Integration, **Harry Hohlfeld** für Arbeit und **Aaron Rau** für Jugend.

Bernd Michaelis und Oswald Prucker

Landesparteitag: Es geht auch um Anträge

Am 24. November ist der nächste Landesparteitag in Sindelfingen. Da wird nicht nur gewählt, es geht wie immer auch um Antragsarbeit. Das Antragsbuch ist seit einiger Zeit auf spd-bw.de veröffentlicht. Es listet auf 179 Seiten viele gute Ideen für unser Land. Unser Kreisverband ist mit Birte Könnecke direkt in der Antragskommission super vertreten. Auf unserer regulären Kreisvorstandssitzung vom 7. November hat der Kreisvorstand Birte Könnecke mit drei einstimmig beschlossenen Änderungsanträgen auf die Reise geschickt.

Zum Antragsbereich Arbeitsprogramm, dem Leitantrag, beantragen wir die Streichung der ersten rund zweieinhalb Seiten. Damit wollen wir die größtenteils aus Reden übernommene pathetische Propaganda, die als Einleitung zu dem durchaus sinnvollen Arbeitsprogramm

enthalten ist, ersatzlos streichen. Angesichts der Lage der Partei braucht es Inhalte und konkrete Umsetzungen, keine Heldenreden.

Die weiteren Anträge beschäftigen sich mit dem weiteren Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für die E-Mobilität und deutlichen Verbesserungen beim Tierwohl in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung.

Wir freuen uns auf die Diskussionen im Schwäbischen.

Thomas Thürling & Oswald Prucker

Mehr Mitgliederbeteiligung geht nicht

Als die Einladungen zum Debattencamp kamen, war für mich gleich klar, dass man da hin muss. Man kann ja nicht immer nach Basisbeteiligung rufen und sich dann als Basis nicht beteiligen. Zum Glück sahen viele andere das auch so, und selbst aus unserem Kreisverband, der ja doch so ziemlich den weitesten Anreiseweg hat, fanden sich 6 Genossinnen und Genossen in Berlin ein.



Da jeweils zeitgleich Diskussionsrunden zu den verschiedensten Themen angeboten wurden, haben wir uns aufgeteilt, um möglichst viel mitzunehmen. Zu den einzelnen Themen wird es ausführliche Aufarbeitungen geben, daher hier nur mein persönlicher Eindruck.



Ich fand das Konzept äußerst gelungen. Jedes Mitglied hatte die Chance, sich gleichberechtigt einzubringen, so saß ich z.B. zum Thema digitaler Kapitalismus mit Andrea Nahles auf dem Podium und konnte meine Fragen loswerden. Insgesamt war von der oft angeprangerten „Abgehobenheit“ der Parteispitze nichts zu spüren. Alle waren einfach offen, ansprechbar, quasi „zum Anfassen“. Dies erlebt man auf Parteitagen häufig anders, wo leider oft eine Barriere aufgebaut wird.



Ob nun ein Alexis Tsipras wirklich als linker Hoffnungsträger taugt, maße ich mir nicht an zu beurteilen. Ihm zuzuhören und mit ihm zu sprechen empfand ich aber auf jeden Fall als bereichernd.

Wie geht es jetzt weiter? Hierzu steht auf der SPD-Homepage folgendes: „Bis zur Parteivorstandsklausur Anfang 2019 werden Themen zu einem „Thesenpapier“ verdichtet. Auf der Klausur werden die Thesenpapiere diskutiert und anschließend wieder in der gesamten Partei debattiert. Vor Ort in Deinem Ortsverein, online auf dem Debattenportal und im Juni und Juli in den Regionalen Debattencamps. Am Ende des Prozesses wird aus den Thesen der Leitantrag für den Parteitag 2019 erstellt. Nach ausführlicher Diskussion in den Gliederungen wird der Parteitag den Leitantrag beraten und beschließen.“

Mehr Mitgliederbeteiligung geht nicht.

Birte Könnecke

LINKTIPP



Viele der Reden und Workshops des Debattencamps sind auf dem der Youtube-Kanal der SPD zu finden.

„Wir brauchen große Sozialstaatsreform“

Welche Wege muss eine Partei beschreiten, um Menschen für sich zu gewinnen und und zur Mitarbeit im demokratischen Wettstreit zu motivieren? Dies just in einer Zeit, in der die Individualisierung offenbar immer weiter voranschreitet und viele es ablehnen, sich längerfristig zu binden und Engagements einzugehen - sei es in Kirchen, sei es in Vereinen oder eben in Parteien. Gibt es neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und demokratischen Willensbildung?



Antworten auf solche oder ähnliche Fragen suchten die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke und ihr Stellvertreter Oswald Prucker am Wochenende in Berlin. Sie besuchten am Samstag und Sonntag, 10./11. November, das SPD-Debattencamp in der Hauptstadt. Von dem Diskussionsforum - eine Premiere - erwarteten sie sich Anregungen für die parteipolitische Arbeit auf Kreisebene sowie in den Ortsvereinen.

Bernd Michaelis, Pressesprecher des SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald, tauschte sich beim Debattencamp mit anderen darüber aus, wie es gelingen kann, die Menschen vor Ort über ganz konkrete Projekte für die politische Arbeit zu begeistern. „Direkte Ansprache, Austausch von Mensch zu Mensch“ lautete eine Empfehlung, die sich aber, so Birte Könnecke, auf dem flachen Land mit seinen weiten Entfernungen und langen Wegen nur sehr schwer umsetzen lässt.

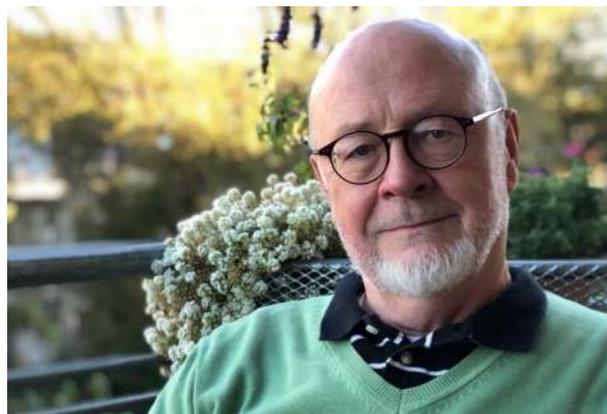
Die Digitalisierung der Arbeitswelt, eine Professionalisierung der politischen Arbeit auf dem flachen Land und die Frage, wie es mit Hartz IV weitergehen soll, standen besonders im Mittelpunkt des Interesses. „Wie können wir unsere Arbeit effektiver gestalten? Andere haben da vielleicht gute Ideen, die wir mitnehmen können“, so Birte Könnecke vor Beginn der zweitägigen Veranstaltung.

Rund 3400 Teilnehmer, darunter einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker sowie Vertreter von NGOs, diskutierten bei dem zweitägigen Debattencamp in 60 Gesprächsrunden, Workshops und Podiumsdiskussionen mit der Basis über die Zukunft der Partei. Die Agenda 2010 spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Themen Rente, Arbeitszeit und Klimaschutz. Auch Fragen der Migration, des Wohnens, der Pflege und des Verkehrs wurden debattiert.

Die umfangreichen Ergebnisse des Debattencamps sollen bereits am 14.

Dezember in der SPD- Vorstandsklausur erörtert, schon bald allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden und in wichtige Entscheidungen einfließen, sagte Generalsekretär Lars Klingbeil.

Beabsichtigt ist, die neu gewonnenen Ideen in einem Thesenpapier zusammenzufassen. Danach folgen acht weitere regionale Debattencamps. Die Parteivorsitzende Andrea Nahles stieß - der große Beifall zeigte es - mit ihren Worten sowohl bei der Auftaktveranstaltung als auch bei der Abschlusskundgebung auf große Zustimmung. Die Partei brauche eine positivere Einstellung und Leidenschaft, sagte sie. Sie habe während der zwei Tage vor allem eins gehabt, nämlich Spaß.



Nahles begeisterte die Mitglieder vor allem mit der Idee einer großen Sozialstaatsreform und kündigte an, dass die Partei in einer Zeit des Wandels der Arbeitswelt zu einer neuen Form der Grundsicherung für sozial Schwache kommen und damit Hartz IV überwinden wolle. Dabei, so die Parteivorsitzende, gehe es darum, das Miteinander in der Gesellschaft zu stärken. Die

Zukunft dürfe nicht nur für wenige eine gute Zukunft sein.

Die großen Fragen der Menschheit könne kein Land alleine lösen, betonte Andrea Nahles. Bei den Themen Friedenssicherung, Rüstungsbegrenzung, Menschenrechte und Klimaschutz beispielsweise brauche es nicht weniger, sondern mehr Europa, sagte sie und trat dafür ein, soziale Allianzen in Europa zu schmieden. „Ich habe keinen Zweifel, dass Demokratie und Freiheit den Wettlauf mit den Autokraten gewinnen werden.“ Während „die Nationalisten die Welt im Gleichschritt zerstören“, gelte es „eine Allianz für eine solidarische Welt“ zu formen und „die fortschrittlichen Kräfte“ zu bündeln, unterstrich die SPD-Parteivorsitzende.

Bernd Michaelis

Zu Besuch bei Friedrich Ebert in Heidelberg

Nach längerer Vorbereitung und trotz kalten Wetters machten wir Genossinnen und Genossen uns aus dem Kreisverband Breisgau- Hochschwarzwald am Sonntag, 28. Oktober 2018, auf den Weg zum Geburtsort des ersten sozialdemokratischen Reichspräsidenten. In der dortigen Dauerausstellung konnten wir uns dank einer hervorragenden Führung sowohl in das Leben Friedrich Eberts als auch in die

politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit hinein versetzen.

Ebert, geboren in Heidelberg am 4. Februar 1871, wuchs in einer kinderreichen Handwerkerfamilie in sehr beengten Verhältnissen auf. Wir machten uns von dieser häuslichen Enge ein gutes Bild, weil die Wohnung in fast unveränderter Form vorhanden ist und wir kaum Platz fanden in der engen Behausung. An neun Stationen der hervorragend konzipierten Ausstellung werden die Lebensabschnitte Eberts den Besuchern nahe gebracht. Der junge Führer gab uns nicht nur Informationen, sondern er deutete auch die einzelnen Entwicklungsstufen dieses bedeutenden Sozialdemokraten. Er stellte immer wieder die Frage nach der Wechselwirkung zwischen den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten und Herausforderungen und den Entscheidungen Eberts.



In diskussionsartigen Gesprächen mit uns versuchte er Fragen zu beantworten, wie zum Beispiel warum Friedrich Ebert für die Kriegskredite im Ersten Weltkrieg stimmte oder warum er Ende 1918/Anfang 1919 mit der alten kaiserlichen Obersten Heeres-

leitung gegen die radikale Linke (Stichwort Spartakus- Aufstand) paktierte. So erhielten wir ein Bild von Ebert, das gekennzeichnet ist einerseits von Patriotismus und dem Wunsch nach Harmonie.



Andererseits strebte er nach Lebensverbesserungen der Arbeitermassen durch sozialpolitische Reformen, die nicht durch gewalttätige revolutionäre Aktionen erreicht werden sollten. Ebert wollte als Reichspräsident ein Staatsoberhaupt aller Deutschen sein, ein Vorhaben, das er indirekt mit seinem Leben bezahlte. Er starb 1925 an einer akuten Blinddarmentzündung, die er wegen eines Beleidigungsprozesses gegen einen Redakteur der „Mitteldeutschen Presse“, nicht rasch genug behandeln ließ. Dieser Redakteur warf ihm vor, die Kriegsniederlage durch sein Verhalten vor und nach Kriegsende mitverschuldet zu haben.

Er wurde auf dem Bergfriedhof in seiner Heimatstadt im Beisein von tausenden Menschen beigesetzt. Für die damalige Zeit außergewöhnlich ist die Tatsache, dass der evangelische Pfarrer Hermann Maas ihn kirchlich beerdigte, obwohl Ebert nicht

mehr Mitglied einer Kirche war. Er wurde daraufhin von seiner kirchlichen Obrigkeit heftigst gemäßigelt. Diese Umstände wurden uns von unserer Genossin Adelheid Binder am Nachmittag in der Heidelberger Heilig-Geist Kirche deutlich beschrieben. Sie hob den Mut dieses Geistlichen hervor, der sich nicht scheute in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur jüdische Mitbürger/innen zur Flucht zu verhelfen oder sie zu verstecken.



Beim gemeinsamen Mittagessen in einer urigen Gaststätte lernten wir uns als Genossinnen und Genossen näher kennen. Wir waren uns einig, dass die Exkursion sehr interessant sei und weitere Besuche dieser Art für die Zukunft ins Auge zu fassen seien. Die Aktivitäten der SPD sollten ja nicht nur aus Parteitag und Mitgliederversammlungen bestehen, sondern auch aus gemeinsamen Erlebnissen dieser Art. Übrigens, vor und in der Gedenkstätte wurden wir von einem Aufnahmeteam des ZDF heute-journals begleitet.

Henry Kesper

Aufmerksamkeit und Information schützen Kinder

Ein hochkarätig besetztes Podium traf sich auf Einladung des SPD- Bundestagsabgeordneten **Johannes Fechner** am 4. Oktober in Bad Krozingen um zum Thema Missbrauch und Kinderschutz zu diskutieren. Neben Fechner, der in der Bundestagsfraktion u.a. für Rechtspolitik zuständig ist, dem Vorstandsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes **Christian Zainhofer**, dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, **Johannes- Wilhelm Rörig** war auch der Freiburger Kripochef **Peter Egetemaier** dabei.

Er schilderte eindrucksvoll die schwere Arbeit der Ermittler im Staufener Missbrauchsfall, in dem er und seine Kollegen völlig neue Dinge und Dimensionen des Missbrauchs unter Nutzung des Internets lernen mussten. Sein Hauptanliegen an die Politik war insbesondere die Erweiterung der rechtlichen Grundlage für die Ermittlungen. Der Bund wolle der Polizei den Weg freimachen, mit künstlich erstellten Kinderpornos im Internet leichter an die Täter heranzukommen, versprach Johannes Fechner. Ähnlich wie in der Drogenkriminalität bedarf es der Erlaubnis für die Polizei, klar begrenzte Straftaten zu begehen, um entsprechende Einstiegsprüfungen seitens der Täter zu überwinden.



Missbrauch ist leider Alltag in Deutschland, wie der Missbrauchsbeauftragte Rörig betonte: Seit 2011 wurden rund 100.000 Verfahren geführt, dazu kommen noch einmal rund 50.000 Verfahren wegen sogenannter "Kinderpornos", die Rörig als "Missbrauchsdarstellungen" bezeichnet.

Zu einem großen Problem würden zunehmend auch sexuelle Gewalt von Kindern und Jugendlichen untereinander und das sogenannte "Sexting": Dabei verschicken Kinder und Jugendliche Nacktfotos von sich an vermeintliche Freunde, die Bilder gelangen ins Netz und die Opfer werden so erpressbar gemacht und öffentlich bloßgestellt. Die Belastungen bis hin zum Suizid seien enorm.

Christian Zainhofer vom Kinderschutzbund fordert das der Kinderschutz endlich, gemäß der UN- Kinderrechtskonvention, auch in Deutschland mehr Berücksichtigung findet und ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Sein Appell: „Jeder, der mit Kindern zu tun hat, ist gefragt“, wenn es darum geht, Missbrauch zu verhindern und ihm entgegenzutreten. Kinder müssten in Kinder-

schutzverfahren von den Gerichten angehört werden und einen Rechtsbeistand bekommen.

Das Bewusstsein für das Thema in Schulen, Sportvereinen und Kitas gilt es zu schärfen, so Rörig. Der Handlungsbedarf sei enorm: Fortbildung und Aufklärung seien Pflicht und er hoffe, dass die Länder hier auch die entsprechenden Mittel einsetzen. Es gibt viel Material und Broschüren dazu, die an jeder Schule, in jedem Sportverein genutzt werden sollten, genauso wie die verbindliche Einführung eines Kinderschutzkonzepts an diesen wichtigen Schnittstellen und Schutzräumen für Kinder.

LehrerInnen, TrainerInnen, ÄrztInnen müssen geschult und ermutigt werden auf Anzeichen von Gewalt und Missbrauch frühzeitig zu reagieren. Kriminaldirektor Egetemaier betont, wie wichtig es ist sich im Verdachtsfall frühzeitig an die Polizei zu wenden, es gibt kein zu frühes, oft aber ein zu spätes Handeln derjenigen die Kontakt zum Kind haben und Missbrauchsfälle erkennen könnten.

Thomas Thürling



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,
SPD-Regionalzentrum,
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker, Birte Könnecke

Kontakt:
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Aufstieg durch Bildung

Ein (noch) nicht eingelöstes Versprechen

Vor rund 10 Jahren fand ein Bildungsgipfel statt, das Versprechen: Jedes Kind kann den Aufstieg durch Bildung schaffen, unabhängig seiner Herkunft.

Die Bilanz nach 10 Jahren föderal geprägter und politisch durch nahezu alle Parteien verantworteter Bildungspolitik ist ernüchternd. Kinder, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen oder aus Familien mit Migrationshintergrund stammen, haben weiterhin schlechtere Chancen im deutschen Bildungssystem.

Der DGB hat dazu eine Analyse durch den Bildungsforscher Klaus Klemm anfertigen lassen, dieser kommt darin zu Schluss: Die Spaltung der Gesellschaft aufgrund der Ungleichheiten in der Bildung von Kindern

aus unterschiedlichen Lebenslagen verfestigt sich weiter.

Nur 33,6 Prozent der Kinder unter drei Jahren hatten im Jahr 2017/18 in Deutschland einen Krippenplatz. Beim Bildungsgipfel hatte man dazu eine Quote von 35 Prozent versprochen.

Ob ein Kleinkind in der Kita betreut wird oder nicht, hängt zudem stark davon ab, in welcher Familie es aufwächst.

Bei Familien, in denen der Hauptschulabschluss der höchste ist, haben 16,4 Prozent der unter Dreijährigen einen Krippenplatz: Ist der höchste Abschluss dagegen die (Fach-)Hochschulreife liegt die Quote bei 37,7 Prozent.

Und liegt die Betreuungsquote bei Kindern mit Migrationshintergrund nur bei 20 Prozent, ist sie bei Familien ohne Migrationshintergrund mit 40 Prozent doppelt so hoch.

Die Unterschiede zeigten, dass genau die Kinder nur zu geringen Teilen frühkindliche Förderung erhielten, die diese für ihren weiteren Bildungs- und Lebensweg besonders stark benötigten.

Da Kita Plätze immer noch viel zu knapp sind und keinerlei Betreuungspflicht / Bildungspflicht in dieser Altersgruppe herrscht, gelangen mehr Kinder aus Akademikerfamilien, die eh auch zu Hause schon gut gefördert werden, schneller und öfter zu einem Kitaplatz als bspw. die Kinder der Hausfrau aus Afghanistan.

Wobei traditionell die Betreuungsquote in Ostdeutschland fast durchgängig, über alle drei Gruppen der Schulabschlüsse der Eltern hinweg, mindestens doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland.



In der Schule setzt sich die Ungleichheit der Chancengerechtigkeit weiter fort. Durch die soziale Entmischung der Wohngebiete, auf Grund von stärkerer Separierung derjenigen die sich schönes Wohnen leisten können und derjenigen die in Vierteln für sozialverträgliche Mieten übrig bleiben, unterbleibt auch in den Schulen dieser Wohngebiete die soziale Mischung, und damit der soziale Ausgleich und die Chancengerechtigkeit in Bildung und Betreuung.

Der Aufbau von Ganztagschulen gehört zu den ambitioniertesten bildungspolitischen Reformvorhaben in Deutschland, die noch von der rot-grünen Koalition angestoßen wurden.

Tatsächlich ist Deutschland von einer flächendeckenden Versorgung aber weit entfernt. Zurzeit haben 40,1 Prozent der Grundschüler einen solchen Platz.

Der Anteil der Jugendlichen, die das Schulsystem in Deutschland ohne Abschluss verlassen, ist zuletzt wieder gestiegen: von 5,9 (2016) auf 6,5 Prozent (2017). Wer aber nicht mindestens einen Hauptschulabschluss besitze, habe kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz, heißt es in der Studie. So bleiben 1,45 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren in Deutschland ohne Berufsausbildung. Die Quote stieg den Angaben zufolge von 13,9 (2016) auf 15 Prozent im Jahr 2017.

Gegenüber dem Versprechen des Bildungsgipfels von vor 10 Jahren fehlen zudem 27,1 Milliarden Euro in Bund und Ländern im Bildungsetat.

Die Fortsetzung dieses Bildungssystems sorgt auf Grund von falschen Föderalismusstrukturen und bunt verteilten Zuständigkeiten, auf Grund von nicht kostenfreier Bildung und Betreuung für die die es dringend brauchen würden, auf Grund fehlender Lehrer und gut ausgestatteten Schulen samt zeitgemäßen und bedarfsorientierten Lehrplänen, fehlendem Anreiz zur Betreuung im Vorschulalter weiter für mangelnde Chancengerechtigkeit in den kommenden Generationen.

Das führt zu sinkendem Bildungsniveau und damit ausbleibenden Perspektiven für den Aufstieg und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Kinder und Jugendlichen ohne Bildungschancen, ohne Ausbildung und damit ohne Zukunftsperspektiven in einer

hochtechnologischen und komplexen Arbeitswelt, sind die AFD Wähler und Wutbürger von morgen.

Deswegen ist es wichtig, dass die SPD das Gute-Kita Gesetz durchgesetzt hat, dass Bundesmittel an Schulen eingesetzt werden dürfen, dass die SPD weiter für Ganztagesbetreuung, kostenfreie Kitas und bessere Bildungschancen für alle kämpft.

Thomas Thürling

Sascha Binder: mehr Aktionen statt nur Reden

Auf der Tour der Landtagsfraktion durchs Ländle, unter dem Titel „Halbzeitbilanz Grün-Schwarz“, besuchte uns am 26.10.2018 Sascha Binder, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, in Ihringen.



In seiner Einleitung berichtete er von dem schwierigen Umstieg aus der Regierung in die Opposition. Die Fraktion muss mit deutlich weniger Ressourcen auskommen, und dennoch dabei verstärkt versuchen die SPD

Positionen zu landespolitischen Themen in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen.

Die Fraktion hat sich dafür vorgenommen, sich auf Schwerpunktthemen zu fokussieren, allen voran der Frage des sozialen Wohnungsbaus. Hier reichen die Lösungsangebote von der Bereitstellung landeseigener Flächen und Gebäuden bis hin zur Reduzierung der Grundsteuer bei Ersterwerb.



Das Thema Kinderbetreuung insbesondere die kostenfreien Kitas zeigen auch deutliche Unterschiede zwischen grün-schwarz und der SPD. Die SPD wird sich dafür stark machen, dass die zusätzlichen Mittel vom Bund aus dem Gute-Kita-Gesetz auch in Baden Württemberg für mehr Quantität an Betreuung verwendet werden.

Bei einem Haushaltsvolumen von 50 Mrd. € sollten die notwendigen 120 Mio. € pro Jahr für die Kosten der Kitabetreuung im letzten Vorschuljahr locker drin sein. Auch zu grün-roten Zeiten haben aber die Grünen den Einstieg in kostenlose Kitas leider verhindert.

Natürlich blieb bei dem Besuch die vor wenigen Tagen bekannt gegebene Kandi-

datur als Generalsekretär nicht unerwähnt. Für Sascha Binder ist es wichtig, dass Fraktion und Vorstand enger verzahnt sind. Zudem möchte er, dass insbesondere durch konkrete Aktionen vor Ort die Menschen wieder das Gefühl bekommen, die SPD kümmert sich um ihre Angelegenheiten.

Daneben stehen für ihn die Pointierung, die Zuspitzung der eigenen Positionen und die Zielrichtung die Unterschiede zu Grünen und CDU deutlich zu machen und mehr Debatte und Kommunikation zu erreichen im Vordergrund.

Ein ruhiges, gemütliches, entspanntes Stammtischgespräch mit viel Übereinstimmung.

Thomas Thürling

Sascha Binder in Breisach: Kommunalpolitiker unter sich

Im Rahmen seines Besuches im Landkreis hat der Landtagsabgeordnete Sascha Binder auch das Breisacher Rathaus besucht um mit Bürgermeister Rein und den Fraktionsvorsitzenden im Breisacher Gemeinderat zu sprechen.

Die meisten der vorgetragenen Themen waren Binder nicht fremd, denn auch er ist im Rat seiner Heimatgemeinde Geislingen aktiv und Kreisrat im Landkreis Göppingen.



Es ging um alle Felder der Kommunalpolitik von der Flüchtlingsunterbringung über die Bundesstraße B31 West bis zu den Schulen und der Schulentwicklung.

Einig war man sich besonders darin, dass die Landesregierung mit dem hohen Vorwegabzug aus dem kommunalen Finanzausgleich tief in die Tasche der Kommunen greift. Ganz allgemein ist die zunehmende Projektförderung durch das Land vor allem ein Problem für kleinere Gemeinden, die den daraus entstehenden Planungsbedarf personell nicht stemmen können. Das Land macht somit mehr und mehr Politik für die Städte.

Binder betonte, dass die SPD in der grün-roten Regierung diesen Vorwegabzug zurückfahren bzw. ganz abschaffen wollte. Die Kommunen sollten selbst entscheiden, was sie mit ihrem Geld anfangen wollen und deshalb weniger stark gegängelt werden.

Der Besuch in Breisach wurde schließlich mit einem Besuch im Breisacher Helferkern abgerundet, das Bürgermeisterstellvertreter Lothar Menges vorstellte. Im

Mittelpunkt stand dabei ein Gespräch mit der Breisacher Polizei. Die klare Botschaft von dort: Es fehlt an Personal und die anstehende Pensionierungswelle wird diese Situation noch verschärfen.

Oswald Prucker

Personalien



Birte Könnecke ist als Beisitzerin in den Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gewählt worden.



Hans-Dieter Straup ist zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPDqueer gewählt worden.

Herzlich Glückwunsch allen beiden!

Termine, Termine

Christkindlesmarkt Bad Krozingen

1. Dezember 2018 – 9-20 Uhr – Rathaus- und Kirchplatz

Traditionell gibt es am SPD-Stand selbstgebackene Linzertorte und Glühwein. Der Erlös geht ans Merianhaus in Bad Krozingen.



Adventskaffee für Neumitglieder

1. Dezember 2018 – 15 Uhr – Regionalzentrum Freiburg

Bei Kaffee, Keksen und eben Glühwein schauen wir mal, wer so alles neu dabei ist, was sie oder ihn zum Mitmachen bewogen hat und was wir für die Neuen tun können.

Wir freuen uns auf euch!

Neujahrsempfang

11. Januar 2019 – 18 Uhr – Hofgut Himmelreich, Buchenbach

Unser traditioneller Neujahrsempfang findet wieder wie gewohnt im Hofgut Himmelreich statt.



Wir freuen uns, dass wir als Gastredner den Ko-Präsidenten des Club of Rome Ernst Ulrich von Weizsäcker gewinnen konnten.

100 Jahre SPD Staufen

12. Januar 2019 – Staufen

Die Genossen in Staufen planen Großes. Merkt euch schon mal das Datum.

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March:

Montags, 11.12., 19:00 Uhr, Elsässer Hof in Breisach.

Breisgau:

Donnerstag, 22.11., 19:30 Uhr im Bolando, Bollschweil.

